

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

POSTVERLAGSORT BONN

BONN · 18. DEZ. 1958

NR. 51 · 12. JAHRGANG

Wer verhindert die Einheit?

Die Sowjetunion sagte stets Nein zur deutschen Wiedervereinigung

Über das Thema „Wie steht es um die deutsche Wiedervereinigung?“ sprach kürzlich der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Franz Thedieck. Er gab zunächst einen ausführlichen Überblick über die Etappen der von den Sowjets und ihren Pankower Satelliten angestrebten Sowjetisierung der Zone und über deren heutigen Status.

Thedieck sagte weiter:

Wie sich uns auch der konsequente Sowjetisierungsprozeß zeigt, man meine nicht, daß die Sowjetzone Deutschlands ein vollkommen sowjetisiertes Land sei. Ich brauche nur an den bereits erwähnten Volksaufstand vom Juni 1953 erinnern, jene erste weithin sichtbare Erhebung von Menschen hinter dem Eisernen Vorhang gegen die kommunistische Diktatur, um deutlich zu machen, daß die Machthaber den entscheidenden Einbruch in das Bewußtsein der mitteldeutschen Bevölkerung nicht haben erzielen können. Nur die sowjetischen Besatzungstruppen retteten damals die von Moskau eingesetzte kommunistische Marionettenregierung vor dem Freiheitswillen der Bevölkerung, und auch heute beruht das Ulbricht-Regime auf den Panzern der 25 sowjetrussischen Divisionen, die zwischen Oder und Elbe stationiert sind.

Der Flüchtlingsstrom

Und wenn wir vom Freiheitswillen der deutschen Bevölkerung sprechen, erinnern wir uns an den unablässigen Strom der Flüchtlinge. Seit 1947 sind mehr als 2,4 Millionen Menschen aus der Sowjetzone in den freien westlichen Teil Deutschlands geflüchtet. Anders gesagt: Mehr als ein Achtel der Bevölkerung hat den „sozialistischen Errungenschaften“ den Rücken gekehrt und Unfreiheit gegen die Freiheit eingetauscht. Sicher würden Millionen ihnen folgen, wenn die Flucht nicht eine Entscheidung von weitreichender existentieller Bedeutung wäre. Für viele, ja die meisten, die bleiben müssen, und sollen, ist es auch eine sittliche Entscheidung im Hinblick auf die Entleerung des Landes, und das deutsche Volk wird einmal denen zu danken haben, die in vielen schweren Jahren nicht von ihrer Heimat ließen.

... Es geht weniger darum, zwei getrennte Teile eines Landes und Staats-

volkes zusammenzuführen, sondern es geht darum, daß siebzehn Millionen Deutsche nicht länger in einer Welt der Unfreiheit und des Unrechts leben sollen. Zwar haben viele Völker in der Vergangenheit ihre Einheit nur nach zähem Ringen erreichen können, aber die Deutschen sehen sich angesichts der Spaltung des Landes und der Nation vor ein völlig neues Phänomen gestellt; denn Deutschland ist ja nicht einfach verwaltungsmäßig geteilt. Die Sowjetzone Deutschlands ist fest in der Hand eines weltpolitischen Giganten, der mit allen erdenklichen Mitteln versucht, die Gesellschaft in Mitteldeutschland nach den Ideen einer totalitären Welt völlig zu deformieren und an die Stelle des herkömmlichen Menschenbildes ein neues, das des Sowjetmenschen, zu setzen. Wir befinden uns in einer geschichtlichen Phase, die die Anwendung von kriegereischen Mitteln zur Erreichung des Rechts

im Gegensatz zur Vergangenheit ausschließt.

„In Frieden und Freiheit“

In der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung ist bekanntlich der Begriff „Wiedervereinigung“ mit zwei Beiwörtern versehen: Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Das Attribut „in Frieden“ bedarf keiner weiteren Kommentierung. Das zweite Beiwort „in Freiheit“ besagt, daß die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung nur eine Lösung anstreben kann, die dem ganzen deutschen Volk die Freiheit bringt und sichert. Zu einer solchen Lösung der deutschen Frage zu kommen, ist das konsequente Bestreben der Bundesregierung gewesen, solange es die Bundesrepublik Deutschland gibt. Die ersten Jahre des Bestehens der Bundesrepublik standen im Zeichen der Bemühungen der Bundesrepublik, im Wege freier gesamtdeutscher Wahlen die Einheit wiederherzustellen. Alle diese Versuche scheiterten am Widerstand der Sowjetunion, die insbesondere auch im Winter 1951/52 einer eigenst zur Prüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen eingesetzten Kommission der Vereinten Nationen die Einreiseerlaubnis in die sowjetische Besatzungszone verweigerten.

Der Notenwechsel im Jahre 1952

Es entsprach den Wiedervereinigungsprinzipien der Bundesrepublik, wenn die drei Westmächte im Jahre 1952 in dem Ost-West-Notenwechsel über die deutsche Frage den Vorrang gesamtdeutscher, freier Wahlen vor der Regelung anderer Probleme — wie Friedensvertrag und Verfassung — entschieden herausstellten. Im Eden-Plan, den die Westmächte in enger Fühlungnahme mit der Bundesrepublik Anfang 1954 auf der Berliner Viermächtekonferenz vorlegten, manifestierte sich der Grundsatz, daß freie, gesamtdeutsche Wahlen die Wiedervereinigung einleiten sollten; aus diesen Wahlen sollte eine Nationalversammlung hervorgehen, der es aufgegeben war, die Verfassung auszuarbeiten und den Frie-

densvertrag vorzubereiten, und erst dann sollte — im Unterschied zu den Auffassungen der Sowjetunion — eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden.

Die Sowjetunion strebte dagegen die Bildung eines paritätisch aus Vertretern der Bundesrepublik und der sogenannten „DDR“ zusammengesetzten Konstituierenden Rats mit Regierungscharakter an. Es sollten ganz offensichtlich nach dem in den osteuropäischen Ländern bewährten Verfahren die Gleise für eine kommunistische Machtergreifung gestellt werden, und zugleich sollte die Sowjetzone eine Legitimation erhalten, die diesem undemokratischen Staatswesen in der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer verhindert die Einheit?

(Fortsetzung von Seite 1)

internationalen Öffentlichkeit bisher versagt blieb.

Zwei Leitgedanken

So stehen sich in der Deutschland-Politik des Westens und des Ostens zwei Leitgedanken gegenüber. Der Westen will die Wiedervereinigung Deutschlands über gesamtdeutsche Wahlen zustande bringen. Dabei ist freilich eine internationale Aufsicht vonnöten. Die Sowjetunion dagegen propagiert unter dem Motto „Deutsche an einen Tisch!“ eine politische und moralische Ebenbürtigkeit von Bundesrepublik und Sowjetzonenregime. Dieser Leitgedanke der sowjet-russischen Deutschland-Politik ist immer unverändert geblieben.

Warum bisher erfolglos?

Die offizielle Politik der Bundesrepublik war von jeher bemüht, die Unterstützung der Staaten der freien Welt zu gewinnen, um — gestützt auf ihr Verständnis — insbesondere gemeinsam mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die zusammen mit der Sowjetunion primär für die außenpolitische Regelung der deutschen Frage zuständig sind, eine gerechte Lösung zu erreichen. Wenn alle Anstrengungen der deutschen Bundesregierung, immer wieder unterstützt von den befreundeten Mächten in der freien Welt, in dieser Frage der Wiedervereinigung bisher nicht zum Erfolg geführt haben, so kann sich nur derjenige darüber wundern, der Ziel, Taktik und Methoden der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht erkannt hat. Welche Bemühungen sind in den vergangenen Jahren nicht immer wieder unternommen worden, um die wahren Absichten dieser sowjetischen Deutschlandpolitik zu erkunden, um festzustellen, für welchen Preis die Sowjetunion bereit sein könnte, in die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit einzuwilligen. Aber jeder Tag hat uns bisher bestätigt, daß die Deutschlandpolitik der Sowjetunion darauf abgestellt ist, zunächst den Status quo der Teilung immer

fester zu zementieren, und über die Theorie von zwei souveränen deutschen Staaten von der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aus ein Sprungbrett zu schaffen, um auch den freien Teil Deutschlands in den sowjetischen Machtbereich einzubeziehen.

Seit 1945 keine echte Chance

Die Erkenntnis, daß es in Wahrheit seit 1945 noch keine echte Chance gegeben hat, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu erreichen, ist für alle Deutschen hart, insbesondere hart für die Deutschen, die im Zuge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse ihre Heimat verloren haben, und vor allem für die Deutschen, die in der Sowjetzone Deutschlands zu leben gezwungen sind. Für die Gestaltung der weiteren politischen Pläne für die Wiedervereinigung wäre es aber ein grundlegender Fehler, wenn man in dieser Frage nicht realistisch genug die Situation sehen würde.

Wenn die bisherige Politik der Wiedervereinigung nicht zum Erfolg geführt hat, beweist das wahrlich nicht, daß dieser politische Weg nicht richtig war. Wir sind entschlossen, den Weg in der Gemeinschaft der Bundesgenossen in der freien Welt weiter zu gehen. Vielleicht bringt die angestrebte Gipfelkonferenz der Regierungschefs, vielleicht aber auch der viel nüchternere Weg über interne diplomatische Verhandlungen die ersehnte Entspannung zwischen Ost und West, eine wirksame Abrüstung, eine Ordnung der europäischen Verhältnisse durch Abschluß eines Sicherheitspaktes und vielleicht dann auch im Zuge dieser Regelungen, wenn die Zeit reif ist, die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschland in Freiheit, wie sie uns allein erstrebenswert erscheint. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir uns mit Geduld und Festigkeit zu wappnen.

Dabei ist es tröstlich für das deutsche Volk zu wissen, daß die freien Völker Europas und die ganze freie Welt ihm zur Seite stehen.

Die Sechs und die anderen

Zusammenarbeit mit der Europ. Wirtschaftsgemeinschaft

Wirtschaftler und Politiker Europas haben sich in den letzten Monaten und Wochen mit der Frage beschäftigt, welche Beziehungen das „Europa der Sechs“ — zusammengeschlossen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) — zu den übrigen europäischen Staaten haben wird.

Die bisherigen Verhandlungen zeigten, daß in unendlicher Kleinarbeit die Wünsche vieler verschiedener Staaten aufeinander abgestimmt werden müssen. „Der Teufel steckt in den Einzelheiten“, sagte der Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Professor Hallstein vor kurzem.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft des sechs Kontinentalstaaten Bundesrepublik, Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg hat auf britischer Seite den Wunsch gefördert, eine klare wirtschaftliche Beziehung zu den EWG-Länder zu finden. Damit soll nach Londoner Vorstellung eine Teilung Europas in zwei wirtschaftliche Interessengebilde — das „Europa der Sechs“ auf der einen Seite, das übrige Europa mit Großbritannien, Skandinavien, Österreich und der Schweiz auf der anderen Seite — verhindert werden.

Der Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befindet sich in vollem Zuge. Am 1. Januar 1959 werden die Zölle, und zwar zunächst um 10 v. H., gesenkt. Das ist der Beginn des Niederreißen der härtesten Grenzen Europas: der Zollgrenzen.

Britische und französische Sorgen

Auf britischer Seite besteht die Sorge, daß es für die Exportleute infolge des nunmehr stetig sinkenden gemeinsamen EWG-Zolles schwierig sein würde, ihre Waren weiterhin in den EWG-Ländern zu verkaufen. Gleiche Befürchtungen hegen die Exporteure Skandinaviens, Österreichs und der Schweiz.

Demgegenüber stehen die Bedenken Frankreichs, dessen Industrie bis zur Stunde durch zum Teil beträchtliche Zölle vor der ausländischen Konkurrenz geschützt wird. Frankreich hat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugestimmt und wird die Einfuhren aus den fünf Partnerländern nach und nach durch Zollsenkungen erleichtern. Das bedeutet, daß es eine stärkere Auslandskonkurrenz in Kauf nimmt.

Gegen die Ausdehnung der Zollsenkung auch auf die übrigen Staaten hat Frankreich dagegen Einwände erhoben, weil diese Staaten nur der EWG gegenüber ihre Zölle binden, gegenüber anderen Ländern aber durch Zollsenkungen und -erhöhungen die Wareneinfuhr beliebig steuern können.

Durch die Vorzugszölle, die z. B. England seinen Dominions in Übersee zugesteht, würden ohne entsprechende Sicherung mit einer solchen Ausweitung praktisch Waren aus aller Welt mit niedrigen Zöllen oder schließlich zollfrei nach Frankreich verkauft werden können.

Ziel: die Einheit Europas

Das Gespräch zwischen dem deutschen und dem französischen Regierungschef in Kreuznach hat die Entschlossenheit beider EWG-Partner gezeigt, am Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft keinesfalls rütteln zu lassen. Das schließt nicht aus, daß die Einheit Europas und eine noch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern außerhalb der EWG wünschenswert und schon allein im Hinblick auf die wachsende Wirtschaftsmacht des Ostblocks unerlässlich ist..

Serows „Berufsschicksal“

Zu dem Sturz des Chefs der Moskauer Geheimpolizei und Vorsitzenden des Staatskomitees für Staatssicherheit der Sowjetregierung, Armeegeneral Iwan Alexandrowitsch Serow, der in der ganzen Welt erhebliches Aufsehen erregte, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ am 11. Dezember 1958 u. a. folgendes:

„Iwan Serow hat eine lange und blutige Laufbahn als Tschekist aufzuweisen. Er soll schon in den dreißiger Jahren eine Sonderabteilung der Tscheka kommandiert haben, die dem persönlichen Sekretariat Stalins unterstellt war; eine seiner damaligen Aufgaben soll die Liquidierung von Marschall Tuchatschewski gewesen sein... Mit seinem Sturz erleidet Serow das Berufsschicksal eines Polizeichefs des sowjetischen Zwangsstaates. Er folgt dem Weg, den schon Jagoda, Jeschow, Beria, Merkulow, Rjumin und Abakumow vor ihm gegangen sind und der meist mit der Liquidation der Liquidatoren endete.“

Der Fall Kalbitzer

Verharmlosung mißglückt - Die Verantwortung der SPD

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Kalbitzer, der sich vor einigen Wochen als Leiter einer Veranstaltung für die algerischen Aufständischen einen Namen gemacht hat, veröffentlichte im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ in der vorletzten Woche einen Artikel, in dem er Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den sowjetzonalen Machthabern in Pankow forderte.

Das Schweizer Blatt „Neue Zürcher Zeitung“ stellt dazu fest:

„Kalbitzer macht sich also sehr weitgehend das Rezept Chruschtschows und Grotewohls zu eigen; als notdürftiges Feigenblatt hält er lediglich den Vorschlag vor, über einen ‚besseren‘ Plan als den der Konföderation zu verhandeln, den er jedoch nicht näher beschreibt. Als Motto stellt er über seinen Artikel den bauernfängerischen Ausspruch, den angeblich Bulganin während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen im September 1955 Adenauer gegenüber getan hat:

„Die Deutschen sind ein großes Volk, auch wenn Sie es nicht wissen, Herr Bundeskanzler.“ In unübertrefflicher Naivität erklärt Kalbitzer im gleichen Artikel, man müsse natürlich die Amerikaner ersuchen, in Berlin bei der Stange zu bleiben; wichtiger seien allerdings die Sowjets, die man ebenfalls bitten müsse, jetzt nicht einfach abzuziehen.“

Angesichts des Proteststurms, den dieser Artikel sogleich bei der CDU ausgelöst hat, erklärte Kalbitzer begütigend und verharmlosend, er habe nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, und zwar als Beitrag zu einer innerparteilichen Diskussion. Der ‚Vorwärts‘ hat diesen ‚Beitrag‘ jedoch nicht unter der Rubrik ‚Freie Tribüne‘ gebracht, in der sonst solche Diskussionen geführt werden, sondern hat ihn in den politischen Teil unter redaktioneller Verantwortung aufgenommen. Man kann sich kaum vorstellen, daß der Artikel in diesem kritischen Augenblick ohne das Plazet der Parteiführung erschienen ist. Die CDU hat ihn als ‚ungeheuerlich‘ bezeichnet und meint, die Berliner insbesondere müßten ihn als eine ‚erste Kapitulationsofferte‘ betrachten.

Wer die Äußerungen der Linksopposition vom Beginn der Berliner Krise an verfolgte, konnte sich nie Illusionen über eine außenpolitische Annäherung von SPD und Regierungslager machen. Immerhin war doch für einige Zeit die Diskussion um den Heinemannschen Plan eines ‚Amtes für innerdeutsche Regelungen‘ verstummt oder in den Hintergrund gerückt, der als erstes Symptom der Aufweichung der Linken in Sachen Gespräche mit dem Gewaltregime der Ostzone gedeutet worden war. Unter den merkwürdigsten Umständen bringt Kalbitzer diese Diskussion nun wieder in

Zur CDU übergetreten

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl Hübner ist nach Verständigung mit dem Vorstand der Freien Deutschen Volkspartei am Sonnabend zur CDU Berlin übergetreten. Hübner gehörte bereits seit Beginn der Legislaturperiode des dritten Deutschen Bundestags der CDU/CSU-Fraktion als Hospitant an.

Gang just im Augenblick, da die Bundesregierung alles versucht, um sich das Vertrauen der Westmächte zu sichern und ihre Partner von Schritten zurückzuhalten, die schließlich zur Anerkennung Pankows führen könnten. Kalbitzer dürfte bewußt die Unterhöhung dieser deutschen Position betreiben; die Frage ist lediglich, ob die SPD sich ihm bei dieser Tätigkeit anschließen will.

Als vereinzelter Ruf kann man den Artikel im ‚Vorwärts‘ kaum mehr bezeichnen. Verschiedene linksstehende nationalistische oder dem politischen Nihilismus offen huldigende deutsche Leitartikel haben in letzter Zeit den Ruf nach dem Gespräch mit Ulbricht ebenfalls vernehmen lassen, und unter den oppositionellen Parlamentariern scheint es auch außerhalb der Linken, Leute zu geben, die jetzt auf diesen Kurs einschwenken. Dem Regierungslager ist der Kampf gegen solche Tendenzen nicht eben leicht gemacht; bereits tönt auf seine Attacke gegen Kalbitzer von der Linken der zur polemischen Parole gewordene Name ‚Schäffer‘ zurück. Den deutschen Oppositionspolitikern, die in diesen Tagen so eifrig an ihrem eigenen Aste sägen, scheint die Witterung dafür abzugehen, daß sie mit dem Postulat des Gesprächs mit Pankow die Alliierten geradezu herausfordern, dieses Gespräch und darüber hinaus das Arrangement mit Moskau auf Kosten der Deutschen zu suchen.“

Untersuchung gegen Heusohn

Die Sozialdemokraten in Darmstadt wollen ein Parteiordnungsverfahren gegen den städtischen Verwaltungsangestellten Heusohn (SPD) beantragen. Heusohn hatte am 1. Dezember 1958 vor dem sogenannten Nationalrat der Sowjetzone gesprochen und vorgeschlagen, mit gesamtdeutschen Gesprächen auf der kommunalen Ebene zu beginnen. Wie der Darmstädter SPD-Vorsitzende Hoffmann laut „Darmstädter Echo“ vom 6. Dezember 1958 erklärte, sei Heusohn ohne Billigung irgendwelcher Parteigremien in den Osten gefahren. Sicherlich habe er auch nicht allein gehandelt, wenn auch noch nicht klar sei, wer „dahinter stehe“.

Meinungsfreiheit

In der Bundesrepublik erscheinen insgesamt 657 Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von 16,86 Millionen Exemplaren. In diesen Zeitungen kann jede demokratische politische Meinung ungehindert zum Ausdruck gebracht werden. Anders in der Zone: dort erscheinen täglich nur 39 Zeitungen mit einer täglichen Auflage von 5,5 Millionen. 90 v. H. dieser Blätter werden offen oder getarnt von der SED gesteuert, 10 v. H. erscheinen im Namen der von den Kommunisten gleichgeschalteten „bürgerlichen“ Parteien.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

Es ist eine Binsenwahrheit aus dem täglichen Leben: Wer einem Erpresser nachgibt, beschwört nur die nächste Erpressung herauf. Unter dem Druck einer Erpressung läßt sich nicht verhandeln, sofern man unter Verhandeln Austausch der Gesichtspunkte und Abwägen der Interessen versteht. Diese einfache Erkenntnis läßt sich auch auf den sowjetischen Vorstoß gegen Berlin anwenden. Die Note mit ihren ultimativen Forderungen muß vom Tisch, ehe man verhandeln kann. Das hat der Bundeskanzler gesagt, das hat der Berliner Bürgermeister Brandt gesagt, und das spricht auch das Communiqué der Pariser Außenministerkonferenz aus. Dem Ultimatum des Kreml und seiner Ankündigung vertragsbrüchiger einseitiger Maßnahmen hat der Westen ein „unannehmbar“ entgegengestellt. Es ist sehr wichtig, daß diese Klarstellung erzielt wurde. Sie nimmt den aggressiven sowjetischen Noten und Reden ohne Verzögerung viel von der beabsichtigten Zersetzungswirkung.

Uns aber, liebe Freunde, obliegt es, die Haltung, die der Westen in Paris eingenommen hat, auch in unserer täglichen Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Das Schlechteste wäre es jetzt, wenn man in der Bundesrepublik in eine nervöse Geschäftigkeit verfiel. Wie der Westen zu einem einheitlichen Vorgehen in der aufgeworfenen Frage gelangt, kann nicht in aller Öffentlichkeit erredet werden. Wir sind in diesem Zeitpunkt, wo jeder Gedanke der Freiheit Berlins gelten soll, nicht darauf aus nachzukurieren. Aber wenn die Opposition in einer seltsamen Verdrehung und Verkennung der Wirklichkeit jetzt davon spricht, daß die Sicherheitspolitik der Bundesregierung „den Preis hochgetrieben habe“, so muß man sie doch mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß der Ausgangspunkt der ganzen westlichen Politik Prag und Korea war. Unter der akuten Bedrohung entstand der Zusammenschluß der westlichen Welt, aus der Notwendigkeit der Verteidigung die NATO. Wo stünden wir ohne sie, wie stünde es um Berlin?

Wenn man schon in diesem Augenblick, wie es parteiamtliche Organe der SPD tun, anstatt die inneren Auseinandersetzungen dem Thema Berlin unterzuordnen, davon spricht, wessen Politik durch die jüngsten Ereignisse gerechtfertigt dasteht, dann sollte man die Weltgeschichte nicht bei einer spitzindigen Untersuchung von Notenwechseln beginnen lassen, sondern bei den erwähnten harten Tatsachen anfangen. Sie sind zwar der SPD beim außenpolitischen Planspiel schon immer hinderlich gewesen. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu verweisen, daß die Wirklichkeit von Korea und Prag bei keiner Verhandlung vergessen werden darf.

Ihr Konrad Kraske

Sozialisierung des Handwerks

'Genossenschaft' nicht Genossenschaft - Neue Zwangssteuern

Das Handwerk der Sowjetzone wird Schritt für Schritt in die Enteignung und das sozialistische Wirtschaftssystem geführt. In diesem Frühjahr gab es in der Zone noch 240 000 private Handwerksbetriebe mit 850 000 Beschäftigten. Dieser Anteil von Vertretern privaten Wirtschaftens am kommunistischen Plansystem erreichte bereits seit längerem das Unbehagen der Machthaber.

Durch zwei Gesetze wird seit dem 1. April 1958 die Überführung des privaten Handwerks in die kommunistisch gelenkte „Produktionsgenossenschaft des Handwerks“ (PGH) sichergestellt. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ schrieb: „Die Perspektive des gesamten Handwerks in unserem sozialistischen Staat liegt eindeutig in der Bildung von Produktionsgenossenschaften.“

Dabei darf der Begriff „Genossenschaft“ keineswegs mit dem gleichgesetzt werden, was man im Westen unter einer Genossenschaft versteht. Hier dient ein solcher freiwilliger Zusammenschluß der Unterstützung und Förderung freier, selbständiger Unternehmen; jeder Meister bleibt selbständig und wirtschaftlich unabhängig. Das Gegenteil gilt für die „Genossenschaften“ der Zone: Hier werden die Handwerksmeister mit ihrem Eintritt praktisch bezahlte Arbeitnehmer der PGH. Unternehmer ist die „Genossenschaft“. Die Handwerksmeister geben zwar (zunächst) ihren Betrieb noch nicht auf, aber ihre Maschinen und Werkzeuge — die gesamten Produktionsmittel — werden in Genossenschaftseigentum überführt.

In § 1 des „Gesetzes zur Förderung des Handwerks“ der Zone heißt es seit dem 1. April 1958 unter Absatz 2: „Die Gewerkschaften nehmen in den Handwerksbetrieben im Interesse der Arbeiterklasse direkten Einfluß auf die Entwicklung zu sozialistischen Produktionsverhältnissen.“ Und unter Absatz 3: „Die örtlichen Gewerkschaftsorgane schließen mit den Inhabern der Handwerksbetriebe und industrieller Kleinbetriebe betriebliche Vereinbarungen zur Sicherung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts ab... Die örtlichen Organe der Staatsmacht sind verpflichtet, den Abschluß dieser Vereinbarungen in jeder Weise zu unterstützen.“

Während dieses erste Gesetz also durch die Proklamation der Produktionsgenossenschaften die Form festlegt, in der das sozialisierte Handwerk der Zone

Nach West-Berlin geflüchtet

Ein ehemaliger politischer Kampfgefährte Walter Ulbrichts aus den zwanziger Jahren, der 63 Jahre alte Leipziger Gießerei-Arbeiter Walter Gleißner, ist nach West-Berlin geflüchtet. Gleißner war im April dieses Jahres von der Strafkammer des Kreisgerichts Delitzsch bei Leipzig wegen „fortgesetzter Staatsverleumdung“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Da er nach seiner Freilassung erneut vom Staatssicherheitsdienst vorgeladen wurde, sei er geflüchtet.

künftig dahinvegetieren soll, wird mit dem zweiten Gesetz bestimmt, in welcher Weise die selbständigen Handwerker gezwungen werden sollen, in die Produktionsgenossenschaften einzutreten. Alle Handwerksbetriebe mit mehr als drei Beschäftigten sind jetzt unter steuerliche Ausnahmegesetzgebung gestellt und werden mit einer besonders hohen Gewinn- und Umsatzsteuer belegt, die „kapitalistischen Tendenzen im Handwerk“ entgegenwirken sollen. Jeder Handwerker der Zone weiß, daß er so-

fort günstigeren Steuerbedingungen unterworfen sein wird, wenn er der kommunistischen Zwangsgenossenschaft beitrifft.

Bereits seit Jahren hatten die Machthaber das Handwerk durch Steuervergünstigungen zu verlocken gesucht, den Produktionsgenossenschaften beizutreten. Trotzdem war es bis zu diesem Frühjahr erst gelungen, 300 Genossenschaften zu gründen, davon allein 80 im Februar 1958, die offensichtlich unter dem Druck der damals bevorstehenden — inzwischen in Kraft getretenen — neuen Gesetzgebung entstanden sind. Es zeigte sich also, daß das Handwerk der Zone den Sozialisierungsversuchen jahrelang Widerstand leisten und sogar, wie in der „Begründung“ der neuen Bestimmungen hervorgehoben wurde, seine Gewinne zwischen 1951 und 1956 beträchtlich steigern konnte. Aus dieser Tatsache und der hohen Zahl der Beschäftigten beim Privathandwerk wird erkennbar, daß Kundschaft und Arbeitskräfte offensichtlich die verbliebenen Privatbetriebe bevorzugten.

Statt Hilfe - Propaganda

Koranlesung von Radio Moskau - Trommelfeuer auf den Orient

Wie wenig sich der Kommunismus seit den Zeiten Stalins und Lenins geändert oder „gebessert“ hat, zeigt die augenblickliche Entwicklung im Nahen Osten. In den Ländern des Orients läßt Chruschtschows Sowjetunion kein Mittel unversucht, um durch politische Unterwanderung, Gründung von Tarnorganisationen, geheime Propaganda, kulturell verschleierte Beeinflussung Haß und Hetze zu säen. Ziel: die Entfachung der anti-westlichen Revolution.

Der Grund für diese Bemühungen ist schon 1919 verkündet worden. In der bolschewistischen Schrift „Das Leben der Nationalitäten“ hieß es in Nr. 45 des Jahres 1919: „Der Orient kann nicht einmal eine Minute lang vergessen werden, weil er eine unerschöpfliche Rohstoffreserve und ein verlässliches Hinterland des Weltimperialismus (d. ist: die freie Welt, d. Red.) ist...“ Und in Nr. 1 des Jahres 1920: „Wir können über das Schicksal der sozialistischen Revolution beruhigt sein, wenn wir die Völker des Orients auf unserer Seite haben...“

Es wird also klar, daß die Sowjetpolitik beiden arabischen Völkern Einfluß gewinnen will, um die Völker Europas und der übrigen freien Welt wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen. Zu diesem Zweck macht sich die Kolonialmacht Moskau zum scheinbaren Vorkämpfer des „Anti-Kolonialismus“, das anti-kirchliche und religionsfeindliche Moskau zum scheinbaren Vorkämpfer für den Islam. Die Sowjetpropaganda nennt jeden Araber „fortschrittlich“, der den Westen haßt.

Die Gefahr liegt in der Unkenntnis der Araber. Sie sind nicht imstande festzustellen, daß der Islam in der Sowjetunion, die Millionen von mohammedanischen Bewohnern hat, in brutalster Weise unterdrückt wurde. Sie wissen nicht, daß gewaltige asiatische Völkerschaften in der Sowjetunion ebenso unter dem roten Kolonialsystem leben müssen wie die 100 Millionen Osteuropäer, die gegen ihren Willen nach dem Kriege oder im Bündnis mit Hitler dem Sowjetblock einverleibt wurden. Den Arabern fehlt die Vergleichsmöglichkeit.

So besteht die Gefahr, daß sie den Verlockungen irgendwann verfallen. Vorläufig ist es noch nicht der Fall. Die Anziehungskraft der kommunistischen Propagandaanstrengungen ist gering. Dabei sind diese Bemühungen Moskaus enorm — und teuer:

- Neun kommunistische Rundfunksender der Sowjetunion, der Sowjetzone, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns entfalten täglich 24 Stunden lang in arabischer Sprache ihre Hetzpropaganda. Damit es jeder glaubt, fehlen auch Koranlesungen nicht;

- jeder sowjetische Reisende, Geschäftsmann, Facharbeiter, Ingenieur, Berater in Industrie und Landwirtschaft ist ein ausgebildeter Propagandist, sonst darf er den Orient nicht bereisen;

- tonnenweise Bücher, Zeitschriften und viele Filme werden in den Orient geschleust;

- hunderte von Flüsterpropagandisten durchschleichen die Bazare und Wohnviertel — die Methode hat sich als wirkungsvoller erwiesen als die Einführung von sowjetischen „Informationshäusern“;

- kulturelle Veranstaltungen dienen besonders der Unterwanderung. So fand mit großem Propagandaaufwand im Oktober in Taschkent (Sowjetunion) ein arabisch-asiatischer Schriftstellerkonvent statt. 3000 Studenten aus arabischen Ländern werden auf Kosten der Sowjetunion in der UdSSR ausgebildet.

Angesichts dieser Bemühungen muß die Doppelzüngigkeit der sowjetischen Politik besonders festgenagelt werden.

7-Jahrplan – nüchtern betrachtet

USA liegen heute schon vor Sowjetzielen für 1965

Der neue Siebenjahresplan der Sowjetunion muß unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: Erstens: Ist er in der jetzt von Chruschtschow verkündeten Form überhaupt zu verwirklichen? Zweitens: Welchen propagandistischen und politischen Zielen dient er?

Chruschtschow hat Mitte November proklamiert, die Sowjetunion würde bis 1965 die USA in der Pro-Kopf-Produktion wichtiger Güter einholen und teilweise überholen, und bis 1970 werde der gesamte Ostblock über die Hälfte der Industrieproduktion der Erde liefern. 1970 soll – laut Chruschtschow – der Lebensstandard der Sowjetunion höher sein als in allen anderen Ländern der Erde einschließlich der USA.

Diese Thesen werden mit sehr großem propagandistischem Aufwand über Rundfunk und Presse der gesamten kommunistischen Welt verbreitet und in den Westen ausgestrahlt. Ehe man in Einzelheiten geht, steht eine entscheidende Tatsache fest: die von Chruschtschow für 1965 angekündigten industriellen Produktionszahlen liegen niedriger als die Produktionszahlen der Vereinigten Staaten des Jahres 1957. Nur bei Kohle ist die Sowjetproduktion heute schon über der amerikanischen, weil in den USA Öl ein billiger Energiespender ist, so daß die Kohleproduktion für die USA nicht so bedeutend ist wie für die Sowjetunion.

Stahl, Eisen, Öl, Energie

Die amerikanische Stahlerzeugung betrug 1957 rund 102 Millionen Tonnen. Die amerikanische Stahlindustrie hatte Kapazitäten für insgesamt 115 Millionen Tonnen zur Verfügung, so viel Stahl wurde aber nicht gebraucht. Der sowjetische Plan sieht bis 1965 die Produktion von 86 bis 91 Millionen Tonnen Stahl vor. Eine kürzlich ergangene amerikanische Schätzung kündigt aber an, daß die USA bis 1965 bereits 150 Millionen Tonnen Stahl produzieren werden.

Roheisen: US-Produktion (1957) 72 Mill. t, sowjetischer Plan (1965) 65–70 Mill. t; Öl: US-Produktion (1957) 354 Mill. t, sowjetischer Plan (1965) 230–240 Mill. t; Elektrizität: US-Produktion (1957) 715,7 Milliarden Kilowattstunden, sowjetischer Plan (1965) 500–520 Milliarden Kilowattstunden.

Insgesamt lag die Industrieerzeugung des gesamten Ostblocks 1957 unter der Produktion allein der USA. Der Ostblock stellte 1957 rund 73 Mill. t Stahl her, die Elektrizitätsproduktion betrug 326,5 Milliarden Kilowattstunden. Stellt man dem Ostblock die Gesamterzeugung der westlichen Industriestaaten gegenüber, dann fällt das Ergebnis noch viel bescheidener aus.

Diese Tatsachen lassen erkennen, daß es der Sowjetunion ohne Frage nicht möglich sein wird, bis 1970 einen höheren Lebensstandard als im Westen zu erzielen oder bis 1965 die Pro-Kopf-Produktion über die amerikanische zu steigern. Das um so weniger, als sich die 202-Millionen-Bevölkerung der Sowjetunion nach neuesten statistischen Untersuchungen um jährlich 3 Millionen mehr werden wird, so daß

es 1965 bereits 223 Millionen Menschen sein werden.

Zahlenfeuerwerk

Chruschtschow bombardiert die westliche und sowjetische Öffentlichkeit mit einem Zahlenfeuerwerk. Es muß aber beachtet werden, daß die Produktion der Schwerindustrie weiterhin gegenüber den Wünschen des sowjetischen Verbrauchers den Vorzug hat. Die schwerindustrielle Produktion – Stahl, Kohle, Elektrizität, Maschinen – soll um 88% gesteigert werden, die Produktion von Verbrauchsgütern für den „Mann auf der Straße“ nur um 60%. So ergibt sich z. B., daß Chruschtschows Plan bis 1965 die Erzeugung von 2,5 Paar Schuhen im Jahr je Sowjetbürger vorsieht. In den USA werden heute schon 3 Paar Schuhe pro Kopf und Jahr hergestellt.

Bei Schwerindustrie und Verbrauchsgütern bleiben die USA also zweifellos die Überlegenen. Denn nicht nur in der Sowjetunion wird die Produktion bis 1965 erheblich zunehmen.

Alle diese Überlegungen ändern aber nichts an der Erkenntnis, daß die industrielle Entwicklung der Sowjetunion im Zuge des neuen Planes erheblich beschleunigt werden wird. Es ist auch um der Menschen im Ostblock willen erfreulich, daß das rote Regime nun durch das Vorbild des Westens gezwungen ist, dem Verbraucher mehr zu geben als bisher.

Die nüchternen Tatsachen klingen ganz anders als die brillante östliche Propaganda. Man wird den Menschen in der westlichen Welt und den Millionen Afrikanern und Asiaten diese Tatsachen klarmachen müssen. Die industrielle Zuwachsrate der Sowjetunion fiel um 23% im Jahre 1950 auf knapp 10% 1958 – das zeigt, daß auch dort nur „mit Wasser gekocht“ wird.

Landwirtschaftsfragen

Der Bundesausschuß für Landwirtschaft der CDU befaßte sich auf seiner Sitzung am 11. Dezember unter Vorsitz des Bundestagsabgeordneten H. Wehking, mit Fragen der Bodenpolitik im Zusammenhang mit den Entwürfen des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Bundesbaugesetzes; zur Berücksichtigung berechtigter landwirtschaftlicher Anliegen stimmte er in Einzelfragen im wesentlichen mit den Änderungsvorschlägen der Sachverständigen-Kommission der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie mit den Vorstellungen der berufsständischen Vertretung überein. In Anwesenheit von Bundesminister Lübke erörterte der Ausschuß die wichtigsten Maßnahmen des kommenden Grünen Planes und unterstützte dabei im wesentlichen die Auffassungen des Ministers zur weiteren Gestaltung der Förderungshilfen.

Die Freiheit ist ein Magnet

„Die kommunistischen Machthaber haben zwar eine erschreckende Fähigkeit gezeigt, anderen ihre Herrschaft aufzuzwingen, aber wenn freie Menschen die guten Früchte ihrer Freiheit zur Schau stellen, dann werden die Versklaver immer in der Defensive sein und den schließlichen Zusammenbruch ihres Systems erleben.“ Das erklärte der amerikanische Außenminister Dulles am 4. Dezember in San Francisco.

Dulles sagte:

Die Freiheit ist immer noch ein starker Magnet. Lassen Sie mich Ihnen folgende Tatsachen ins Gedächtnis zurückerufen:

Von den in Korea gemachten chinesischen kommunistischen Gefangenen lehnten zwei Drittel eine Repatriierung ab.

Aus dem kommunistischen China fliehen die Menschen nach Hongkong und Macao.

In Korea sind etwa zwei Millionen Menschen aus dem kommunistischen Norden nach dem Süden des Landes gegangen.

In Vietnam verließen annähernd eine Million Vietnamesen den kommunistischen Norden und gingen nach dem Süden.

Während des ungarischen Aufstandes flohen 200 000 Ungarn in die Freiheit.

In Deutschland sind über drei Millionen Menschen aus dem Osten nach dem Westen geflohen.

Innerhalb der letzten fünf Jahre ist es zu gewaltsamen Aufständen in Ost-Berlin, Ostdeutschland, Polen, Ungarn und dem kommunistischen China gekommen.

Heute bedrohen die sowjetischen Herrscher West-Berlin, weil sie durch den dort gelieferten überzeugenden Beweis für das, was freie Menschen zu schaffen vermögen, in die Defensive gedrängt worden sind.“

KURZ - ABER WICHTIG

Nach Feststellungen des Deutschen Roten Kreuzes wurden insgesamt mindestens 800 000 deutsche Zivilpersonen während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren in die Sowjetunion verschleppt. 536 000 Namen sind bekannt, davon müssen 170 000 als verschollen gelten. 150 000 sind heimgekehrt. Es befinden sich noch 180 000 Personen, von denen Nachrichten vorliegen, in der Sowjetunion.

Die 74 Hochschulen in der Bundesrepublik und West-Berlin wiesen im Sommersemester 1958 rund 186 000 Studierende auf, d. h. 14,4 v. H. mehr als im Sommersemester 1957. In dieser Zahl sind rund 14 800 Ausländer einbegriffen. Die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden hat den bisher höchsten Nachkriegsstand erreicht.

Am 16. Dezember 1958 ist auf dem Fliegerhorst Faßberg das Jagdbombergeschwader 34 durch den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Kammhuber, in Dienst gestellt worden. Das Geschwader besteht aus drei Staffeln mit je 25 Maschinen des Typs F 84 F.

Fernsehlawine rollt weiter

Viele Programmwünsche bleiben offen

Ende November wurde die zweite Million der bundesdeutschen Fernseh- teilnehmer überschritten. Am 1. Dezember 1958 betrug die Teilnehmerzahl 2 004 932. Die Teilnehmerzahl des Hörfunks war zu diesem Zeitpunkt 15 203 573. Seit über einem Jahr ist die Zahl der monatlich neu angemeldeten Fernsehapparate größer als beim Hörfunk.

In der Fernsehdichte steht nach wie vor der Oberpostdirektionsbezirk Düsseldorf an der Spitze. Auf vier Rundfunk- geräte kommt hier bereits ein Fernseh- apparat. Im gesamten Bundesgebiet liegt der Durchschnitt unter 8 : 1. In den Ober- postdirektionsbezirken Regensburg und Tübingen ist die Fernsehdichte am gering- sten, nämlich 16 : 1 bzw. 17 : 1. (Vom Saar- gebiet sehen wir in diesem Zusammen- hang ab, weil hier die Fernsehentwick- lung sehr viel später einsetzte.) Der Pro- duktionswert für neue Fernsehapparate beträgt heute monatlich mehr als doppelt so viel wie der Produktionswert der Hörfunkempfänger.

Die erste Million der angemeldeten Fernseh- teilnehmer war 4 1/2 Jahre nach der offiziellen Einführung des Fernsehens, am 5. Oktober 1957, erreicht; bis zur zweiten Million bedurfte es nur noch eines guten Jahres. Damit steht die Bundesrepublik unter den Fernseh- ländern in der Welt an 5. Stelle. Vor ihr liegen die USA mit rund 48 Millionen Fernseh- teilnehmern, Großbritannien mit 9 Millionen, Kanada mit über 3 Millionen; ebensoviel Teilnehmer gibt die Sowjet- union an.

Der Hörrundfunk hat in der Bundes- republik seinen Sättigungsgrad erreicht. In über 82 v. H. der Haushaltungen steht ein Rundfunkempfänger, während die Fernsehdichte erst bei knapp 12 v. H. liegt. Wahrscheinlich wird in weniger als einem Jahr die dritte Million der Fern- sehteilnehmer erreicht sein. 37 v. H. der Bevölkerung erklären allerdings noch, am Fernsehen grundsätzlich kein Inter- esse zu haben. Und eine weitere große Anzahl ist vorhanden, die als Besuchs- zuschauer auf Grund unverbindlicher Programm- erfahrungen keine Neigung verspüren, ein Fernsehgerät anzuschaf- fen. An diesem Punkt der Entwicklung wird alles davon abhängen, ob die Aus- breitung des Fernsehens durch ein attrak- tives Programm beschleunigt oder durch ein weniger überzeugendes Programm gehemmt wird.

Viele warten zunächst auf das zweite Programm, von dem in der Öffentlichkeit seit längerer Zeit gesprochen wird. Wer das zweite Programm macht, ist noch offen. Daß es kommen muß, ist klar. Daß es aber nicht nur eine Möglichkeit gibt, nämlich das zweite Programm monopol- artig von den jetzigen Rundfunkanstalten

machen zu lassen, ist inzwischen eben- so klar. In Großbritannien hat sich das zwei- te Programm durch kommerzielle Gesell- schaften unter einer funktionierenden Aufsicht mit Erfolg behauptet. In der Gunst der Zuschauer rangiert es vor dem Fernsehprogramm der staatlichen BBC.

In der Bundesrepublik griffen die Rundfunkanstalten jetzt, wohl in Sorge vor dem Wettbewerb mit einem zweiten,

nicht von ihnen betriebenen Fernseh- system, zu dem merkwürdig anmutenden Mittel, sich rechtzeitig vor unerwünschter Konkurrenz zu schützen, indem sie sich gegen Zahlung erheblicher Summen die alleinigen Übertragungsrechte für sport- liche Spitzenveranstaltungen durch Ver- träge mit den deutschen Sportverbänden auf Jahre hinaus sicherten. Mit solchen Verträgen wird allerdings, wenn ein- mal eine andere Fernsehorganisation neben der jetzigen besteht — die kaum auf Übertragung von publikumswirk- samen Sportkämpfen wird verzichten wollen — der Tatbestand der Wettbe- werbsbeschränkung gegeben sein und das wäre ein deutlicher Verstoß gegen das Kartellgesetz. Oder sollten solche Aus- schließlichkeitsverträge mit den Sport- verbänden schon der Beweis dafür sein, daß die bisher das Monopol beherrschenden Rundfunkanstalten die Hoffnung auf- geben, das zweite Fernsehprogramm in eigener Regie übernehmen zu können?

Kampf um den Nachwuchs

Wieviel und was fehlt - Was wird getan?

Der Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE) hat jetzt eine Untersuchung über die Ausbildung des technischen Nachwuchses vorgelegt, aus der auch hervorgeht, daß die sensationellen Meldungen über die Ausbildung in der Sowjetunion doch erheblich übertrieben sind. Das darf aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß in Deutschland größte Anstrengungen zur Heran- bildung technischen Nachwuchses nötig sind.

Lebensstandard, Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und der tech- nische Fortschritt sind nur zu sichern, wenn in der Bundesrepublik viele Inge- nieure und Techniker herangebildet werden, daß nicht nur die Ausfälle durch Tod und Invalidität gedeckt werden, sondern auch immer mehr Fachkräfte zur Ver- fügung stehen. Das bedeutet, daß die Zahl der Ausbildungsplätze an den Ingenieur- schulen und Technischen Hochschulen ständig vergrößert werden muß

An den 78 Ingenieurschulen der Bun- desrepublik studierten im letzten Winter- semester etwas mehr als 34 000 Studen- ten, an den Technischen Hochschulen waren 32 100 Studenten immatrikuliert. In den Ingenieurschulen standen 1800 Lehrkräfte zur Verfügung. Eine Umfrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft ergab im letzten Jahr, daß allein an den Ingenieurschulen 113 Professoren, 773 Oberingenieure und Assistenten, 581 Hilfsassistenten fehlten und 1044 Stellen für technisches und Werkstattpersonal unbesetzt waren.

Es ist eine Tatsache, daß die Zahl der jährlich die Ausbildung beendenden In- genieure in der Bundesrepublik niedriger ist, als gebraucht werden. Die Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen ver- lassen jährlich nur 13 500 Absolventen. Es müßten aber etwa 18 500 sein, wenn der Bedarf erfüllt würde. Der VDE errechnet z. B., daß sich allein die Zahl der Elektro- ingenieure in der Bundesrepublik von 30 000 im Jahre 1956 auf 69 000 im Jahre 1970 erhöhen müsse, damit die Wirtschaft ihre Aufgaben erfüllen könne.

Bereits seit Jahren werden im Bundes- haushalt und in den Haushalten der Bun-

desländer beträchtliche Summen für den Neu- und Ausbau der Ingenieurschulen angesetzt. Die Leistungen des Bundes und der Länder ergeben sich aus folgenden Zahlen: Im Land Nordrhein-Westfalen stehen allein für die Studienförderung an Ingenieur- und Fachschulen in diesem Haushaltsjahr 1,2 Millionen DM zur Ver- fügung. Der Bund gibt für den Neubau und Ausbau von Ingenieurschulen in die- sem Haushaltsjahr 22 Millionen DM aus. Das Bundesministerium für Atomenergie hat 1,5 Millionen DM für Stipendien an Ingenieurschulen zur Verfügung gestellt.

Ein besonders beachtenswertes Pro- gramm ist im Land Baden-Württemberg im Gange. Dieses zweitgrößte Industrie- land der Bundesrepublik wird die Zahl der Plätze in Ingenieurschulen in wenigen Jahren auf 5740 erhöhen, das sind 86 v. H. mehr als 1953. Allein im letzten und im laufenden Haushaltsjahr sind rund 7,5 Millionen DM für den Ausbau und Neu- bau von Ingenieurschulen und für die Einrichtung neuer Professuren und Do- zentenstellen eingesetzt. Besonderes Ge- wicht legt man auf die Förderung von Techniker-Tagesschulen und Abendfach- schulen.

In Zusammenarbeit zwischen dem Bun- desinnenministerium, der Ständigen Kon- ferenz der Kultusminister, der West- deutschen Rektorenkonferenz und den Dozenten und Studenten ist ein Studien- förderungsplan aufgestellt worden, der Stipendien für „geeignete“ und „bedürf- tige“ Studenten der TH und der Inge- nieurschulen bereitstellen soll. Der Plan, der den Namen „Rhöndorfer Modell“ trägt, wird im ersten Jahr 10 Millionen DM erfordern, von denen der Bund die Hälfte trägt.

Verweigerte Einreise

Die sowjetzonalen Behörden haben dem Präses der westfälischen Landes- kirche, D. Ernst Wilm, ohne Begründung die Einreise nach Mitteldeutschland ver- weigert. Präses Wilm wollte auf Ein- ladung des Gemeinderates der evangeli- schen Gemeinde in StalinStadt (früher Fürstenberg) an der Oder über die „Ökumene im geteilten Europa“ sprechen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Hintergründe einer Vertreibung

Der ehemalige Abgeordnete im Belgrader Parlament und Oberlandsgerichtspräsident des Banats, Dr. Wilhelm Neuner, hat vor kurzem auf eine Erklärung des jugoslawischen Ministers Zarko Veselinow hingewiesen, die dieser unmittelbar nach dem Kriege über den Rundfunk abgab. Der kommunistische Minister wandte sich gegen die wohlwollende Einstellung eines großen Teiles der serbischen Bevölkerung ihren deutschen Mitbürgern gegenüber und erklärte: „Für die Schwaben gibt es bei uns keinen Platz mehr“. Weirhin führte er aus:

„Es ist den Behörden unverständlich, daß man den Schwaben so viele Krokodilstränen nachweint und viele von ihnen mit Lebensmitteln unterstützt. Ferner ist es unbegreiflich, daß die Bevölkerung nur die strengen Maßnahmen sieht, aber die Reichtümer nicht bemerken will, die jetzt Volk und Staat zufließen: In der Wojwodina fielen in unsere Hände 1,8 Millionen erstklassiges Feld, 70 v. H. der gesamten Industrie, 80 000 Häuser, 90 v. H. aller Geschäfte usw.“

Diese Äußerung spricht für sich selbst.

Altsparengesetz ergänzt

Ansprüche gegen die Öffentliche Hand werden geregelt

Der Bundestag hat noch vor Weihnachten die wichtigen Änderungen zum weiten Altsparengesetz beschlossen. Wesentliche Lücken der bisherigen Gesetzgebung werden damit geschlossen.

Entscheidend in der Neuregelung ist eine zusätzliche Entschädigung für Altsparener in Höhe von 10 v. H.: Ansprüche aus Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen gegen die öffentliche Hand werden mit den vom Altsparengesetz als entschädigungsfähig anerkannten Sparanlagen gleichgestellt.

Das Altsparengesetz in der zur Zeit geltenden Fassung hatte eine Entschädigung für Gläubigerverluste aus Reichsmarkansprüchen gegen die öffentliche Hand, also insbesondere gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost sowie gegen die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände einer besonderen Gesetzgebung außerhalb des Lastenausgleichs — also ohne Belastung des Ausgleichsfonds mit den entsprechenden Entschädigungsleistungen — vorbehalten.

Der soeben vom Bundestag beschlossene Entwurf des Gesetzes stellt die Reichsmarkansprüche gegen die öffent-

Der Einheitsverband

Zusammenschluß vollzogen - Hans Krüger Präsident

Nach mehr als siebenjährigen Bemühungen haben sich am 14. Dezember 1958 in Berlin die beiden großen Vertriebenenverbände, der Verband der Landsmannschaften und der Bund der vertriebenen Deutschen, zu einem Einheitsverband zusammengeschlossen. Der neue Verband heißt jetzt: „Bund der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände.“ Präsident wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Krüger.

Im Jahre 1957 wurden konkrete Verhandlungen über einen Zusammenschluß aufgenommen, nachdem aus allen Kreisen der Vertriebenen der Wunsch nach einer einheitlichen Organisation immer lauter wurde. Ende Oktober 1957 wurden die Verhandlungen insofern von Erfolg gekrönt, als sich ein gemeinsamer Vorstand der beiden Verbände konstituierte, in dessen Vorsitz sich die jeweiligen Vorsitzenden Baron von Manteuffel und Dr. Kather teilten. Die Bildung eines gemeinsamen Vorstandes erfolgte mit der Maßgabe, spätestens in einem Jahr den Zusammenschluß beider Verbände auf allen Ebenen de jure zu vollziehen.

Der Präsident des neuen Einheitsverbandes, Hans Krüger, bekannte sich in seiner Antrittsrede zur Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 und zu den Berliner Beschlüssen zum „Tag der Deutschen“ vom 11. September 1955. Es sei die Aufgabe des Bundes, sich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die angestammte Heimat und der allgemeinen Menschenrechte sowie für eine gerechte Ordnung zwischen den Staaten und Völkern Europas einzusetzen. Der Verband werde seine Aufgaben nicht gegen, son-

dern nur mit allen politischen Kräften der Bundesrepublik durchzusetzen bemüht sein.

Unter Hinweis auf die sowjetischen Berlin-Noten erklärte Krüger, auch aus heimatpolitischen Rücksichten müsse am Potsdamer Abkommen festgehalten werden, das die Regelung der deutschen Ostgrenzen in einem Friedensvertrag vorschreibt. „Man kann uns“, sagte Krüger, „nachträglich keinen Verzicht auf Rechtspositionen zumuten, die uns im Anschluß an die bedingungslose Kapitulation von den Siegermächten eingeräumt wurden.“ Krüger legte außerdem ein Bekenntnis zu Berlin ab: „Wir stehen hinter Berlin und werden alle unsere Kräfte dafür einsetzen, daß das Bewußtsein von der Bedeutung Berlins für das deutsche Volk erhalten bleibt.“

Der neue Präsident, Hans Krüger, wurde bei den Bundestagswahlen 1957 über die Landesliste von Nordrhein-Westfalen in den Bundestag gewählt. Er ist Rechtsanwalt und Notar in Olpe. 1902 geboren, verlebte er seine Jugend- und Schulzeit in Neustettin/Pommern. An den Universitäten Jena, Greifswald und Bonn studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. Landgerichtsrat war er 1938 in Stargard, zwei Jahre später Oberamtsrichter in Konitz. 1943 wurde er Soldat. Nach dem Verlust seiner Heimat kam Krüger 1944 nach Olpe. Krüger ist stellvertretender Vorsitzender der CDU im Kreistag von Olpe. Dem Bund der vertriebenen Deutschen gehört er als Schatzmeister und stellvertretender Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen an.

Dem Vorstand gehören außerdem an: Wenzel Jaksch, Bundestagsabgeordneter der SPD und Sudetendeutscher, Vorstandsmitglied der sudetendeutschen Landsmannschaft; der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Schellhaus, aus dem BHE, der Landtagsabgeordnete Mocker vom BHE, ebenfalls Sudetendeutscher, und aus der Landsmannschaft Ostpreußen Gossing vom BHE.

Der Einheitsverband zählt rund 2,5 Millionen Mitglieder. Dabei läßt sich nicht aufschlüsseln, wieviele der BvD stellt und wie viele aus dem Verband der Landsmannschaften kommen, da in sehr vielen Fällen eine doppelte Mitgliedschaft vorhanden ist.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestr. 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postscheckkonto Köln 365 31, Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

„Weihnachtszuwendung“

Hohe Preise, geringe Zahlung in der Zone

In diesen Tagen ist es besonders niederdrückend, auf das mitteldeutsche bevorstehende Weihnachtsfest zu blicken. Am 3. Dezember veröffentlichte die kommunistische Presse der Zone den „Beschluss“ des sogenannten Ministerrats, eine „Weihnachtszuwendung“ an die Arbeiter auszuschütten.

Die Weihnachtszuwendung beträgt für Verheiratete mit einem Bruttoeinkommen unter 500 DM-Ost 35 Mark, für Ledige unter dieser Einkommensgrenze 25 Mark, für Lehrlinge 10 Mark. Die Nachricht über diese „Weihnachtszuwendung“ entspricht im Wortlaut fast genau der Mitteilung des vergangenen Jahres. Hier ist jetzt offenbar eine Routinebeschluss gefaßt worden — und das kann man schon als Neu-„Errungenschaft“ bezeichnen.

Denn noch vor wenigen Jahren pflegten die mitteldeutschen Machthaber auf die Wünsche der Menschen nach einer Weihnachtsgratifikation ganz anders zu reagieren. Damals hieß es, eine Weihnachtsgratifikation gäbe es nur im Kapitalismus, im Sozialismus aber sei der Arbeiter viel zu stolz und viel zu selbstbewußt, um derartige „Geschenke“ entgegenzunehmen. Die mitteldeutsche Bevölkerung hatte offensichtlich kein Verständnis dafür, daß man ihr statt einer Weihnachtsgratifikation für ihre Arbeit nur Propaganda gab.

Die Begrenzung des Empfängerkreises auf solche, die weniger als 500 DM-Ost im Monat verdienen, hat den kommunistischen Machthabern bisher die Möglichkeit zu vielerlei Manipulationen gegeben. Noch im vergangenen Jahr pflegte man das aus einer 11monatigen Frist errechnete Durchschnittseinkommen unter Hinzurechnung aller unregelmäßigen und völlig unsicheren Sonderzahlungen wie Prämien, Überstunden, usw. zusammenzuaddieren. Auf diese Weise gelang es, sehr vielen Arbeitern ein Monatseinkommen von mehr als 500 DM vorzurechnen, so daß sie auch auf die geringe Weihnachtszuwendung keinen Anspruch mehr hatten.

Die Unzufriedenheit der mitteldeutschen Bevölkerung mit dieser Praxis hat offenbar dazu geführt, daß man jetzt ein kleines Zugeständnis machen mußte. Die „Tribüne“, das Blatt der Staatsgewerkschaft FDGB, schrieb am 3. 12. 1958: „Den Wünschen vieler Werktätiger Rechnung tragend, werden in der diesjährigen Regelung die Überstunden nicht mehr in

die Berechnung des Durchschnittsverdienstes zur Ermittlung der Einkommenshöhe einbezogen.“ Einmalig gezahlte Prämien, Vergütungen für Einzelleistungen, oder Trennungs-, Wege- und Fahrgelder werden ebenfalls nicht mehr für die Errechnung des Durchschnittsverdienstes herangezogen. Damit wird der Kreis der Empfänger einer Weihnachtsgratifikation in der Sowjetzone zweifellos gegenüber dem Vorjahre etwas erweitert.

Bei einem Vergleich der Weihnachtsgratifikationen in der Zone mit den Gratifikationen in der Bundesrepublik muß auch die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Kaufkraft unserer DM ganz er-

heblich über der Mark der Sowjetzone liegt.

Die einfache Rechnung, daß ein Pfund Butter in der Sowjetzone 4,90 Mark kostet, ein halbes Pfund des begehrten Bohnenkaffees 20 Mark, eine Tafel Schokolade zwischen 4 und 8 Mark, zeigt die bittere Wirklichkeit der Sowjetzone — des Landes der „sozialen Errungenschaften“.

Rosemarie . . .

Die „Welt der Arbeit“, das Organ des DGB, veröffentlichte am 12. Dezember folgende Notiz, die den Verfasser des „Rosemarie“-Films und -Buches, Erich Kuby, betrifft:

„Erich Kuby (des deutschen Wunders liebstes Kind), sagte auf einer Versammlung in München, er wolle lieber unter russischer Vorherrschaft leben als in einem Land, in dem einem russischen Angriff mit deutschen Atomwaffen begegnet würde. Denn dieses Land gebe es dann nicht mehr. Er sehe Atomwaffen lieber in der Hand von Nasser als von Franz Josef Strauss.“

Wenn sie die Mehrheit haben

Parlamentarische Gepflogenheiten verletzt

Die SPD verfolgt in Gemeinden und Städten unbeirrt ihre Methode, entgegen den demokratischen Gepflogenheiten durch ihre Mehrheit die CDU als zweitstärkste Partei bei der Besetzung kommunaler Ämter auszuschalten.

In der Amtsvertretung von **Merzenich**, Kreis Düren, verfügt die SPD über zehn, die CDU über acht Stimmen. Die stärkere SPD-Fraktion stellte demnach bisher den Amtsbürgermeister, die CDU den Stellvertreter. Im Sinne dieser demokratischen Gepflogenheit gab die CDU auch bei der Wahl am 2. Dezember dem SPD-Kandidaten für die Stellung des Amtsbürgermeisters ihre Stimme. Die SPD dagegen ließ sich auch durch dieses Entgegenkommen nicht davon abhalten, bei

der Kampfabstimmung die Wahl ihres Kandidaten zum Stellvertreter mit neun gegen acht Stimmen durchzusetzen.

Im **Rhein-Wupper-Kreis** verbündet sich die SPD bei der Wahl des Landrates mit FDP und BHE, um den bisherigen Landrat, der von der CDU gestellt wurde, abzuwählen. Stattdessen wurde der Fraktionssprecher der SPD zum Landrat gewählt. Die SPD honorierte die Haltung der FDP, die in den früheren Jahren für den CDU-Kandidaten eingetreten war mit dem Posten des stellvertretenden Landrates. Die CDU als stärkste Fraktion im Kreistag wurde dabei übergangen.

Bei Stimmgleichheit von SPD und CDU entschied bei der Wahl des Amtsbürgermeisters von **Niederzier**, Kreis Düren, die Stimme des einzigen Zentrums-Abgeordneten die Wahl. Mit seiner Hilfe erreichte die SPD, daß ihre Kandidaten den Posten des Bürgermeisters und stellvertretenden Bürgermeisters besetzten.

Aus Ulbrichts Reich

NOCH PFEIFEN DIE VOGEL . . . Aus dem Brief eines Bauarbeiters, der bei dem Bau der „sozialistischen Wohnstadt Ludwigsfelde“ beschäftigt ist: „Wo bleibt unsere Arbeit für den Winter, und was machen wir 1959? Es wurde des öfteren angedeutet, daß wir Wohnungen bauen sollen, aber bis jetzt pfeifen noch die Vögel auf den Bäumen des vorgesehenen Baugeländes.“

★

DAUMENDREHEN. Die Energieerzeugung in der Zone ist unzureichend. Der Bezirksenergiebeauftragte in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) ruft die Stahlgießerei Borna an: „Nehmen Sie bitte sofort die vorgeschriebenen Abschaltungen vor!“ Wenige Minuten später ruhte die Arbeit in dem Betrieb. 125 Arbeiter mußten für eine knappe Stunde die Daumen drehen und nicht nur einmal!

Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 6. bis 12. Dezember 1958 ist die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone auf 2572 (3083) abgesunken. Davon waren alleinstehende Personen bis zum 24. Lebensjahr 419 (368). Diese Zahl ist absolut und prozentual erheblich höher als in der Vorwoche.

Roter Terror

In einem Geheimprozeß in Bukarest sind vier führende Mitglieder der seit 1947 verbotenen, einstmals größten rumänischen Partei, der Nationalen Bauernpartei, zum Tode verurteilt worden. Sie sind bereits in aller Heimlichkeit hingerichtet worden. 25 weitere Mitglieder dieser verbotenen demokratischen Partei wurden von dem roten „Militärgerichtshof“ zu Zuchthausstrafen zwischen 10 und 25 Jahren verurteilt.